

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jimmy Schulz, Manuel Höferlin, Frank Sitta,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/15054 –**

**Internet Governance langfristig denken – Internationale Zusammenarbeit  
stärken**

### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, im Rahmen des Internet Governance Forum (IGF) der Vereinten Nationen die Chance zu nutzen, auf internationaler Ebene Einfluss auf die Zukunft der Internet Governance zu nehmen sowie weitere damit im Zusammenhang stehende Forderungen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Wurden nicht erörtert.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/15054 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Dr. Matthias Heider**  
Vorsitzender

**Leif-Erik Holm**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Leif-Erik Holm

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/15054** wurde in der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. November 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, die Zukunft des freien Internets scheine vor einem Scheideweg zu stehen. Während demokratische Staaten zunehmend hart erkämpfte Freiheiten in Frage stellten aus Angst vor der Einflussnahme feindlicher und fremder Kräfte auf den demokratischen Prozess und die Willensbildung in einer pluralistischen Gesellschaft, nutzten autoritäre Staaten die technischen Innovationen längst, um ihre Bevölkerung rund um die Uhr zu überwachen. Das Internet kenne keine Grenzen. Die Herausforderungen einer vernetzten und digitalisierten Welt könnten nur gemeinsam und auf internationaler Ebene gestemmt werden. Gerade Deutschland müsse sich von der Idee lösen, dass dies allein Aufgabe der Politik sei.

Aus diesen und weiteren Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Schutz und die Wahrung der Menschenrechte im digitalen Raum nicht davon abhängt, in welchem Land Nutzer bzw. Anbieter einer Leistung sitzen. Gerade die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und der Schutz der Privatsphäre müssen überall gelten;
2. sich für eine weitere Stärkung, Konkretisierung und universelle Beachtung der Privatsphäre als Menschenrecht sowie dessen Umsetzung weltweit einzusetzen;
3. sich auf internationaler Ebene für völkervertragliche Regelungen zur Steigerung der IT-Sicherheit und zur Einhegung des Einsatzes von „Cyberwaffen“ innerhalb und außerhalb bewaffneter Konflikte einzusetzen;
4. sich auch über das IGF hinaus dafür einzusetzen, dass Regeln und Abkommen für den digitalen Raum über internationale Zusammenarbeit in Form von Multistakeholder-Prozessen erarbeitet werden;
5. sich verstärkt dafür einzusetzen, dass gerade deutsche und europäische Stakeholder außerhalb der Regierungsorganisationen an diesen Prozessen beteiligt werden;
6. jedes Jahr einen Vor- sowie Nachbericht der einschlägigen internationalen Konferenzen zur Internet Governance zu erstellen, der dem Plenum vorgelegt wird. Die Federführung für die Berichte soll beim Ausschuss Digitale Agenda liegen;
7. sich für eine Stärkung des IGF Deutschland als Vor- und Nachbereitungsgremium für das internationale IGF einzusetzen, indem z. B. das Gremium verstärkt auf nationaler Ebene in Konsultationen zu legislativen Vorhaben einbezogen wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/15054 in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/15054 in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/15054 in seiner 82. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/15054 in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE., die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/15054 zu empfehlen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Leif-Erik Holm**  
Berichtersteller